



Bergarbeiterwohnung im Ruhrgebiet — was für Stadtplaner ein Schandfleck ist, ist den Bewohnern lieb und teuer

Aufnahme: Multhaupt

Wo die Hütte Heimat wird

Im Ruhrgebiet kämpfen Bürgerinitiativen um die Erhaltung alter Zechenkolonien / Von Rolf Düdder

Uns allen steht“, wettete der Rentner Ernst Honak, „der Bagger doch sozusagen vor der Tür.“ Honak, er ist Sprecher der Bürgerinitiative Bergmannsplatz in Duisburg-Neumühl, will sich das nicht länger bieten lassen. Gemeinsam mit den Bewohnern anderer alter Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet kämpft er gegen die Sanierungsabsichten eifriger Stadtplaner, die moderne Wohnblocks dorthin setzen wollen, wo das traditionelle Bild des Kohlenpotts heute noch von den grauen, einstöckigen Zechenhäusern — den sogenannten Kolonien — bestimmt wird. In Duisburg-Neumühl bildeten fünf Bürgerinitiativen — „Eisenheim“ Oberhausen, „Flöz Dickebank und Umgebung“ aus Gelsenkirchen-Uckendorf, „Zechenhäuser“, „Bergmannsplatz“ und „Runde Hecken“ aus Neumühl — gerade die erste überörtliche Arbeitsgemeinschaft, zu der weitere Bürgerinitiativen stoßen wollen. Tenor des Zusammenschlusses: „Wenn wir einzeln nichts erreichen, müssen wir gemeinsam Druck auf die Parlamente ausüben.“

Quadratmeter für 1,50

In Duisburg entzündete sich der Bürgerzorn am Sanierungsgebiet Neumühl, einem Bergarbeiter-Stadtteil im Norden der Stadt. Als am 8. Dezember 1962 auf der Zeche „Neumühl“ die letzte Schicht verfahren wurde, verlor — so der städtische Oberversammlungsrat Hugo Neise — „der ganze Stadtteil seine wirtschaftliche Basis“. 4000 Arbeitsplätze gingen mit einem Schlag verloren. Die Stadt kaufte das 300 Hektar große Zechengebiet einschließlich der darauf stehenden Häuser auf. Zusammen mit einem angrenzenden Gelände, ebenfalls 300 Hektar groß, sollte es saniert werden.

Die Stadt verstand darunter den Abbruch der zwischen der Jahrhundertwende und dem Jahre 1920 errichteten 5300 Wohnungen, in denen rund 18 000 Menschen lebten. 14 000 Menschen flogen aus ihren Wohnungen. Zerstört wurde die Infrastruktur in Neumühl. Was hier im letzten Jahrzehnt stattfand, gilt als der größte Kahlschlag im bundesdeutschen Wohnungswesen. Nur noch 4000 Bürger blieben in ihren vertrauten vier Wänden. An die Stelle der nur für Revierfremde grauen Kolonie-Idylle rückte die Monotonie eines neuen Märkischen Viertels, von der Willi Knühmann, Chef der Ruhrkohle-Wohnungsverwaltung West, sagt: „Das ist das Grausamste, was deutsche

Architektur je verbrochen hat. Ich könnte da nicht atmen.“

Inzwischen aber, wo es fast schon zu spät ist, gibt der Oberversammlungsrat Hüge Neise zu, „haben sich die städtebaulichen Vorstellungen geändert. Nachdem die Wohnungsnot behoben ist, wünscht niemand mehr eine starke Verdichtung. Wir werden unsere alten Vorstellungen neu überprüfen müssen.“ Den alten Bebauungsplan 612 will der Rat der Stadt jedoch in Kraft lassen. Danach sollen weitere 1000 Wohnungen in Neumühl abgerissen werden. Die alten Buden gelten vielen Planern und Kommunalpolitikern immer noch als Schandfleck im Stadtbild. Der Rentner Ernst Honak: „Städte, die ein verklemmtes Verhältnis zu ihrer Vergangenheit haben, können ihre Zukunft kaum meistern.“

Die von Honak gegründete Bürgerinitiative zog selbst Bilanz: Sie ermittelte, daß 98 Prozent der Althaus-Bewohner hier bleiben wollen. Rund zwei Drittel haben die Wohnungen — zumeist drei Zimmer und Küche, 60 Quadratmeter groß — selbst modernisiert. Das Klo auf dem Hof gehört der Vergangenheit an. Die meisten Neumühler haben sich zur Toilette im Haus auch gleich ein Bad eingebaut.

Sie sind mit ihren Wohnungen zufrieden, für die sie nur einen Quadratmeterpreis von 1,50 Mark zahlen. Aber sie fürchten auch den Verlust überkommener Sozialbindungen. „Hier hilft einer dem anderen“, sagt Honak. „Der eine kennt sich in Rentenangelegenheiten aus. Dafür weiß der wieder, wie man die Rosen schneidet, und der nächste hilft beim Kacheln des Badezimmers.“ Der Maschinenschlosser Heinz Monka, Gründer der Bürgerinitiative „Zechenhäuser“ in Neumühl, stimmt ihm zu: „Wenn wir hier raus müssen, ist die ganze schöne Nachbarschaft kaputt.“

Inzwischen hat der ständige Protest aus Neumühl den Rat der Stadt Duisburg zum Nachgeben gezwungen. Vor einem halben Jahr faßte das Stadtparlament den Beschluß, den Bebauungsplan zwar nicht aufzuheben, aber doch zeitlich zu strecken. Oberversammlungsrat Neise erläutert: „Die Verwaltung wurde beauftragt, den Bauzustand der Häuser zu untersuchen und dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten zu veranlassen. Die Auswertung dieser Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Eines steht aber schon fest: Jeder Bewohner kann so lange wohnen bleiben, wie er will.“

Das erscheint ihm als „fairer Kompromiß“,

aber damit sind die Bürger nicht zufrieden. Heinz Monka nennt den Grund: „Der Unsicherheitsfaktor ist zu groß. Niemand hat uns gesagt, wie lange wir bleiben können. Wir wollen, daß der ganze Neuordnungsplan aufgehoben wird.“ Selbst dann, wenn er verwirklicht werden sollte, möchte Hüge Neise eine kleine Gruppe von sechs bis acht der alten Zechenhäuser stehenlassen, „um der Nachwelt zu zeigen, wie es früher hier ausgesehen hat“.

Solche Vorstellungen allerdings kommen Professor Roland Günter, 38 Jahre alt, wie schiere Ignoranz vor. Günter, der sich selbst einen SPD-Linken nennt, steht hinter den Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet. „Die Arbeiter-Aufsteiger (Volksmund: ‚Ex-Arbeiter‘) in den Stadtratsfraktionen übernahmen die mittelständischen Leitvorstellungen als Haß auf die eigene Herkunft und versuchten auszulöschen, was sie an die eigene Herkunft erinnert. Sie machten sich zu den Ideologen der Zerstörung der Arbeiter-Umwelt.“ Anfang September zog Professor Roland Günter in eine der ältesten Arbeitersiedlungen der Bundesrepublik, die Kolonie Eisenheim in Oberhausen-Sterkrade. Dort wirkt er nun wie die Hefe im Sauerteig. Seine 120-Quadratmeter-Doppelwohnung ist mit Sperrmüll-Möbeln und Selbstangefertigtem gefüllt. Beim Durchbruch der Wände in dem Vierfamilienhaus haben „so an die 40 Nachbarn“ geholfen. Roland Günter sagt: „Die haben uns auch noch wochenlang gepflegt und wollten nicht einen Pfennig dafür haben. Soviel Hilfsbereitschaft habe ich nie zuvor erfahren.“

Was ist „soziale Architektur“?

Die Nachbarn des Professors sind Berg- und Hüttenarbeiter. Roland Günter ist Städteplaner und Bauhistoriker. Als ehemaliger Referent im Landesdenkmalamt Rheinland in Bonn entdeckte er die Arbeiterkolonien im Revier, als er eine Bestandsaufnahme der Altbauten zwischen Ruhr und Lippe vornahm. Über das „Quickborner Team“, das im Auftrag des damaligen Bundesministers Ehmke das neue Bundeskanzleramt miterdachte, kehrte er in das Ruhrgebiet zurück, denn: „Man muß Probleme dort erkennen, wo sie entstanden sind.“

Und Probleme gibt es für ihn im Ruhrgebiet genug. Sein Rat gilt bei den Bürgerinitiativen, die sich überall zwischen Duisburg und Castrop-Rauxel aufgetan haben, um ihre Koloniewohnun-

gen dem Zugriff einer allzu alerten Stadtplanung zu entziehen. Dazu sagt er: „Die mieseste Sozialwohnung kostet heute 110 000 Mark. Die Modernisierung von Altbauten dagegen — wenn sie nicht als Beschäftigungstherapie zur Konjunkturbelebung betrieben wird — allenfalls zwischen 5000 und 20 000 Mark. Und dabei wird noch die Sozialstruktur erhalten.“ Er selbst investierte knapp 10 000 Mark in seine Doppelwohnung: 2000 Mark für neue elektrische Leitungen, 2000 Mark für Einbau von Toilette und Bad sowie Wasseranschluß und weitere 5500 Mark für die Heizung.

Die zwischen 1844 und 1901 gebaute Siedlung Eisenheim mit ihrer intakten sozialen Infrastruktur — rund 800 Menschen in 150 Wohnungen — war ebenfalls vom Abriß bedroht. Nach dem Protest der Bewohner bestellte das nordrhein-westfälische Kultusministerium beim Landesdenkmalamt ein Gutachten über die Bedeutung der Kolonie. Günter Borchers, Chef des Landesdenkmalamtes Rheinland, ermittelte, daß Eisenheim für die Arbeitergeschichte ein wichtiges Dokument ist. Jetzt gerade wurden die letzten Sanierungsschatten verschleudert. Nach einem weiteren Gutachten, das als Basis für die vorbereitenden Untersuchungen nach dem Städtebauförderungsgesetz des Bundes dient, soll eine intakte Sozialstruktur absolute Priorität vor baulichen Mängeln haben. Für Neumühl und andere Planer ist das eine Ohrfeige.

Gustav Heinemann mit seinem feinen Gespür für soziale Probleme hatte das bereits erkannt, als er als Bundespräsident am 22. März 1973 auf dem nordrhein-westfälischen Architektentag sprach: „Sanierung kann etwas anderes sein als das Abräumen überalterter Stadtteile zwecks Errichtung von Hochbauten. Oberhausen bietet mit anderen Worten ein Beispiel für ‚Soziale Architektur‘ im Gegensatz zu rein technisch-wirtschaftlichen Lösungen. Es bietet dem Bürger die Möglichkeit, sich in seiner gewachsenen, unverwechselbaren Umgebung wohl zu fühlen, die Stadt als ‚seiner‘ Stadt anzunehmen. In früheren Jahren hat man dafür einen weniger wissenschaftlichen Begriff verwendet und von Heimat gesprochen.“

Für Professor Günter ist Eisenheim ein Modellfall. Er betont: „Für uns ist das hier ein Dokument der sogenannten zweiten Kultur. Natürlich ist das kapitalistische Architektur — etwas anderes hat es ja nie gegeben, aber entscheidend ist: Wie haben die Menschen das weiter gestaltet!“